

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 4

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Außenpolitik

Am 19. März, mittags um 12 Uhr, stellten die französischen Truppen und die Truppen des FLN das Feuer gegenseitig ein. Wer weiterschloß, weiter mordete und weiter brandschatzte, das war die OAS, die das Unmögliche versucht: das Rad der Geschichte aufzuhalten. Es wird ihr — wie allen andern, die vor ihr das gleiche versucht haben — nicht gelingen. Sie wird nur eines erreichen, es werden noch mehr Menschen sinnlos hingemacht werden. Dabei hat doch der endlich beendigte Algerische Krieg sicher schon genügend Opfer gefordert, spricht man doch — genaue Zahlen wird man wohl nie erhalten — von 14 000 toten und 28 000 verwundeten französischen Soldaten und von 141 000 Toten des FLN. Der Krieg kostete Frankreich pro Tag ungefähr 20 bis 40 Millionen Neue Francs, das heißt ungefähr 160 Neue Francs pro Kopf und Jahr. Wie viele vernünftiger Dinge hätte man mit diesem Geld schaffen können! De Gaulle hat sich in einer Abstimmung in Frankreich das Vertrauen des Volkes für seine Politik in Algerien geben lassen — und es auch erhalten. Die Abstimmungsfragen waren sehr kompliziert und verquickt, aber praktisch alle Parteien gaben die Ja-Parole aus, will doch Frankreich — von den Rechtsextremen abgesehen — endlich einmal Frieden in Algerien. Premierminister Debré ist zurückgetreten, sein Vorschlag einer Neuwahl des Parlamentes stieß bei de Gaulle auf keine Gegenliebe. Der neue Premierminister, Georges Pompidou, ist politisch noch farbloser als sein Vorgänger, was de Gaulle auch will, denn immer mehr nimmt der alte, große Mann von Frankreich alle Zügel in seine Hände: De Gaulle ist Frankreich. Nur mit Bangen denkt man daran, was dann geschieht, wenn de Gaulle einmal nicht mehr ist.

Ein anderer «großer, alter Mann» Europas, Bundeskanzler Konrad Adenauer, macht in letzter Zeit immer mehr den Anschein, er halte die Zügel überhaupt nicht mehr in Händen. Hat er nicht gerade die Grippe, so erholt er sich beim Bocciaspiel in Cadenabbia. Dabei steht Deutschland vor schweren Problemen: Wirtschaftsminister Erhard warnte die Deutschen in beschwörenden Worten, nicht durch Unmäßigkeit in ihren Wünschen das deutsche Wirtschaftswunder zu gefährden.

Mit Recht reagierten die Gewerkschaften und die SPD auf diese Worte — die in erster Linie gegen die Arbeitnehmer gerichtet waren — sehr sauer. Denn das deutsche Wirtschaftswunder beruht nicht zuletzt darauf, daß die deutschen Arbeitnehmer jahrelang für sehr geringe Löhne arbeiteten und so die großen Investitionen ermöglichten (neben der Hilfe des Marshall-Planes).

Und nun, wenn die Arbeitnehmer endlich einen gerechteren Anteil am Volkseinkommen fordern, dann rät die Regierung zum Maßhalten! Deutschlands Wirtschaft läuft gegenwärtig noch gut, wenn sich auch die Zuwachsraten in absehbarer Zeit verkleinern dürften.

Daß seine Wirtschaft gut gehe, kann Amerika nicht von sich behaupten. Sein Problem ist nicht, wie es die Überkonjunktur abbremsen soll, sondern im Gegenteil, wie es die rund 5,6 Prozent Arbeitslosen beschäftigen und den dauernden Goldabfluß stoppen soll. Das könnten die USA am ehesten erreichen, wenn es ihnen gelänge, ihren Export zu vergrößern. Vor allem deshalb sucht sich Amerika der EWG zu nähern. Daneben aber will Amerika auch seinen NATO-Mitgliedern vermehrt Waffen verkaufen. NATO-Generalsekretär Stikker macht seit einiger Zeit nichts anderes, als bei den verschiedenen Regierungen vorzusprechen, um sie zu vermehrten Waffenkäufen anzuregen. Man muß die starre Haltung Amerikas an der Genfer Abrüstungskonferenz auch von diesem Gesichtspunkt aus betrachten. Vor allem enttäuschte die amerikanische Ablehnung des Rapacki-Planes — er fordert für die DDR, Polen, die Tschechoslowakei und für Westdeutschland ein Atomverbot und eine Zone verdünnter Rüstung — mit dem etwas faden Argument, das würde das Gleichgewicht zugunsten der Kommunisten verschieben. Da die USA selber zugeben, in der Atomrüstung führend zu sein und viel mehr Raketen als die Russen zu besitzen, ist dieses Argument wenig stichhaltig.

Ob die Amerikaner und die Engländer ihre Atomversuche auf den Weihnachtsinseln abhalten werden, ist noch nicht ganz sicher, aber sehr wahrscheinlich. In Berlin scheint sich aber eine Wendung abzuzeichnen: General Clay, der als der Vertreter einer «harten Linie» in Berlin galt und der nach dem 13. August sofort als Sonderbeauftragter Kennedys nach Berlin flog, ist zurückgetreten und wird einen Posten in der Privatwirtschaft annehmen. Die Berliner sind enttäuscht, und die Abwanderung von Ärzten, Rechtsanwälten und Professoren hat sich wieder verstärkt. Das Verhältnis Bonn—Washington hat sich überhaupt etwas getrübt, einerseits deshalb, weil der Bundesverteidigungsminister Strauß nach wie vor seinen Drang nach Atomwaffen nicht gut verstecken kann, dann aber auch deshalb, weil Bonn ständig befürchtet, die Amerikaner könnten «zu weich» sein. In Westdeutschland scheint man immer noch nicht begriffen zu haben, daß Deutschland den letzten Weltkrieg angezettelt hat und daß es dafür noch nicht endgültig bezahlt hat!

Neben den Sorgen wegen Deutschland und wegen seiner wirtschaftlichen Entwicklung, hat Amerika auch noch Sorgen in andern Gebieten, vor allem in Mittel- und Südamerika. In diesen Ländern, wo sich die Wirtschaftskreise, die Großgrundbesitzer und die Kirche von jeher gefunden haben, um die Massen vom reichen Tisch fernzuhalten, gärt es immer bedrohlicher. In Argentinien, aus dem die USA mit Hilfe ihres Finanzplanes «Allianz für den Fortschritt» ein Musterland machen wollten, annullierte die Armee völlig

legale Wahlen deshalb, weil diese den von den Linksparteien unterstützten Peronisten einen Drittel der Stimmen einbrachten. Auch Präsident Frondizi wurde von den Militärs zum Rücktritt gezwungen. Wenn die Amerikaner nicht bald einsehen, daß man in keinem Land einen Fortschritt erzielen kann, solange die zahlenmäßig kleine, aber sehr mächtige Oberschicht am Ruder ist, werden in immer mehr Ländern Südamerikas Revolutionen nach dem Beispiel Kubas ausbrechen. Der ständig stärker werdende Druck der Militärkreise auf die Regierungen in Mittel- und Südamerika mag als Warnung dienen: Diese Leute kämpfen nicht gegen den Kommunismus — obwohl sie das behaupten —, sondern für ihre Privilegien, und das ist etwas anderes...

Portugal kennt (wie Spanien) keine freie Meinungsäußerung, obwohl doch beide Länder im «freien Westen» liegen. Mitte April hat die portugiesische Regierung den «Tag der Studenten» verboten. Darauf gab es Unruhen und Protestdemonstrationen, der Rektor der Universität in Lissabon, Caetano, trat zurück — was in einem diktatorischen Staat großen Mut erfordert —, doch die Geheimpolizei scheint wieder einmal die Unruhen beseitigen zu können. Für wie lange wohl noch? Auch in Angola beweist Portugal seine sture Haltung: Statt sich jetzt mit den Eingeborenen zu verständigen suchen, roten die portugiesischen Soldaten die «Rebellen» mit modernsten Waffen aus. Auch NATO-Waffen wurden dazu verwendet, worauf Amerika dagegen energisch protestierte. Aus Angola scheint ein zweites Algerien zu werden.

Syrien, das sich im September von Nassers Vereinigter Arabischer Republik löste, machte eine innere Revolte durch. Gewisse Militärkreise wollten sozialistische Maßnahmen, die unter Nasser eingeführt worden waren, nach der reaktionären Revolution letzten Jahres aber wieder rückgängig gemacht wurden, wieder einführen. Der Aufstand brach zusammen. Vor der Küste lag die amerikanische 6. Flotte bereit zum Eingreifen, denn nach dem Berichterstatter in der «Neuen Zürcher Zeitung» können die Amerikaner hier nicht tatenlos einem Umsturz zusehen...

Über das, was im Ostblock vorgeht, besonders über das Verhältnis zwischen Rußland und China, sinnieren alle Kreml-Astrologen, die — wie das immer bei Propheten der Fall ist — zu sich völlig widersprechenden Ergebnissen gelangen. Sehen die einen einen baldigen Bruch zwischen China und Rußland, so sehen andere eine Annäherung. Sicher aber ist eines, daß unter den gegenwärtigen weltpolitischen Umständen ein Auseinanderfallen des Ostblocks unmöglich ist, nicht zuletzt dank der wenig geschickten Politik Amerikas. Außerdem haben alle Ostblockländer gegenwärtig vor allem eine Sorge: die Produktion der Landwirtschaft so anzukurbeln, daß die Nahrungsmittelversorgung endlich einmal sichergestellt ist. Dies ist bis jetzt noch nicht der Fall, im Gegenteil! Allerdings muß man feststellen, daß dies überhaupt noch nie der Fall war.

Innenpolitik

Am ersten April haben die Stimmberechtigten der Schweiz die Atominitiative, die Einfuhr, Lagerung und Herstellung von Atomwaffen in der Schweiz verbieten wollte, mit 537 387 Nein gegen 286 858 Ja verworfen. Vier Kantone — Genf, Waadt, Neuenburg und Tessin — haben die Initiative angenommen. Aus diesem Ergebnis kann man eines nicht herauslesen — was die Gegner der Initiative gerne herauslesen würden —, daß die Schweizer Atomwaffen wünschten. Im Gegenteil, die Initiative der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, die die atomare Bewaffnung einer Volksabstimmung unterwerfen will, hat einige Aussichten, angenommen zu werden.

Hauptgespräch in der Schweiz ist aber nach wie vor die Teuerung und die Mäßigung der Überkonjunktur. Bundesrat Schaffner bezeichnete in einer Rede die Lage als alarmierend. Es müsse etwas geschehen. Inzwischen ist auch einiges geschehen. Viele Wirtschaftsgruppen haben feierlich erklärt, daß sie für das Jahr 1962 ihre Preise nicht mehr erhöhen würden. Daß einige davon vor der Erklärung ihre Preise noch «anpaßten», andere nicht im Traume daran denken, daß man Preise — infolge der Rationalisierung — auch herabsetzen könnte, mindert leider den Wert dieser Erklärungen. Inzwischen haben die Banken der Schweiz ab 1. April auch eine Kreditbeschränkung eingeführt, vor der man sich aber besser nicht allzuviel verspricht: Die großen Firmen, die seit einiger Zeit ihre Neuinvestitionen aus ihren Gewinnen finanzieren können, werden von diesen Kreditbeschränkungen nicht betroffen, die Banken können und wollen ihre bisherigen guten Kunden natürlich nicht verärgern — und so werden vor allem die kleinen und mittleren Betriebe Schwierigkeiten bei Kreditgesuchen bekommen.

Auch der Bund beteiligt sich an der Dämpfung der Hochkonjunktur: Er zahlt eidgenössische Anleihen nicht zurück, obwohl er Ende Februar etwa 1,5 Milliarden liquide Mittel zur Verfügung hatte. Diese Mittel verzinsen sich durchschnittlich zu 1,4 Prozent, für die Bundesanleihen bezahlt der Bund 2,9 Prozent. Nimmt man an, daß der Bund ungefähr 1,2 Milliarden Franken hätte zurückzahlen können, so verzichtet er jährlich auf rund 18 Millionen Franken. Diese bezahlt also der Steuerzahler oder der Konsument. Nur ganz nebenbei bemerkt: An der Superkonjunktur sind weder der Steuerzahler noch der Konsument schuld . . . Die gesamtschweizerischen Bauvorhaben sind von rund 8 Milliarden Franken im Jahre 1961 auf rund 10,3 Milliarden Franken für das Jahr 1962 angeschwollen. Unsere Bauunternehmer werden diese angemeldeten Bauvorhaben niemals erstellen können, fehlen doch die Arbeitnehmer. Bei welchen Bauten wird man am ehesten einsparen können? Natürlich bei denen der öffentlichen Hand! Ob das aber — wenn man für die Allgemeinheit denkt — sinnvoll ist, ist sehr fraglich. Es war wieder Bundesrat Schaffner, der eine gewisse Koordinierung der privaten und öffentlichen

Bauten forderte, nur — wie er sich diese Koordination vorstellt, das hat er leider nicht erwähnt.

Bei der ganzen Diskussion um die Teuerung umgehen alle ein Problem mit auffallender Beflissenheit: Von der immer bedrohlicher werdenden Entwicklung der Bodenpreise hört man in diesem Zusammenhang nichts. Dabei liegt es doch außer jedem Zweifel, daß die immer höheren Bodenpreise einen großen Einfluß auf die Teuerung haben. Warum spricht man nicht von ihnen? Weil man dann sofort vom immer gefährlicher werdenden Privateigentum an Grund und Boden sprechen müßte. An dieser «Säule unserer Demokratie» wagt aber bis jetzt noch niemand richtig zu rütteln. Über kurz oder lang werden wir aber zur Kenntnis nehmen müssen, daß das Privateigentum am Boden unhaltbar geworden ist. Je schneller wir das einsehen, desto ruhiger können wir Wege suchen, den privaten Bodenbesitz in Gemeindeeigentum zu überführen.

Die eidgenössische Staatsrechnung für das Jahr 1961 schließt mit einem Überschuß von 328 Millionen Franken ab. Um den Einnahmenüberschuß nicht allzu groß erscheinen zu lassen, wurden in der Bilanz «Fettpolster» angelegt, die 159 Millionen Franken ausmachen. Diese 159 Millionen setzen sich aus folgenden Beträgen zusammen: 129 Millionen Franken Rückstellungen für Militärausgaben, 15 Millionen Franken für die Entwicklungshilfe und ebensoviel als Einzahlung in die eidgenössischen Personalversicherungskassen. Sofort wettete die «Neue Zürcher Zeitung», das sei ein Bruch mit der Bilanzklarheit. Was eben den privaten Firmen erlaubt ist, das ist dem Staat verboten . . .

Aus Basel und aus Zürich sind nicht eben erfreuliche Dinge zu vernehmen: In Zürich haben die Stimmbürger am 1. April die Tiefbahnvorlage, ein Projekt, an dem die Verwaltung zusammen mit privaten Firmen während sechs Jahren gearbeitet hatte und das die Verlegung des Trams in der Innenstadt auf eine zweite Ebene vorsah, mit großem Mehr verworfen. In Basel wurde als Nachfolger des Theologieprofessors Karl Barth nicht Gollwitzer gewählt, wie es die Universität vorgeschlagen hatte. Dies nicht etwa deshalb, weil Gollwitzer wissenschaftlich nicht auf der Höhe wäre, ganz im Gegenteil. Gollwitzer hat nur einen Nachteil: Er findet die Art, wie der Westen mit dem Osten verkehrt, völlig falsch, und er hat darüber eigene Ansichten — etwas, das immer gefährlicher wird. Denn wo führte das hin, wenn wir unsere Freiheit auch dazu benutzen würden, eigene, nicht von der Mehrheit unterstützte Ansichten zu haben? Das geht doch nicht, vor allem nicht an einer Universität, wo die Lehrfreiheit herrscht . . .